

Mit der Start-up Initiative „found!“ unterstützen heimische Unternehmen Social Entrepreneurs bei der Schaffung von neuen Jobs für Asylberechtigte. Dabei soll nicht nur den Betroffenen geholfen werden, sondern auch der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt werden.

Flüchtlingshilfe, die ökonomisch Sinn macht

Von Doris Neubauer

„Es ist eine echte mission impossible.“ Wenn Karin Melcher über die gescheiterten Versuche ihres Lebensgefährten Abdulkaders Ahmed erzählt, sich auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zu positionieren, kann der Syrer nur resigniert nicken. „Mit den Deutschkenntnissen kann er keine Lehre machen“, berichtet die Physiotherapeutin, „und die gesuchten Kompetenzen bringt er nicht ein“. Dabei hat Ahmed, der seit Juni 2014 in Wien lebt und als Flüchtling anerkannt ist, über zwölf Jahre in Syrien und im Libanon als KFZ- sowie Bootsmechaniker gearbeitet. Einen Job in Österreich hat er bisher nicht gefunden.

Etliche Firmen wären bereit

Es ist eine Geschichte, wie man sie immer wieder hört. Unter den rund 340.000 Menschen, die im Oktober in Österreich arbeitslos gemeldet waren, befinden sich rund 25.000 Asylberechtigte. Sie sind entweder als arbeitssuchend vorgemerkt oder absolvieren Schulungsmaßnahmen. Ob sie und alle nachfolgenden, die in den nächsten Monaten ihren Asylbescheid erhalten, auf dem Arbeitsmarkt integriert werden können, ist mehr als fraglich. Das scheitert weniger an der Bereitschaft der Unternehmer, wie eine aktuelle Umfrage des Unternehmens Deloitte Österreich zeigt: 68 Prozent der 325 Teilnehmer können sich demnach eine Beschäftigung von Flüchtlingen vorstellen. Doch während 43 Prozent eine Anstellung von Asylberechtigten anstreben, beschäftigt derzeit erst rund ein Prozent diese Zielgruppe. Über die Gründe für diese Diskrepanz herrscht Einigkeit: Es brauche mehr Transparenz hinsichtlich Qualifikation der Asylberechtigten, klarere und einfachere rechtliche sowie regulatorische Rahmenbedingungen sowie die simplere Vermittlung von qualifizierten Personen.

„Die Schaffung echter Arbeitsplätze ist ein wichtiger Schlüssel



Foto: dpa / Andreas Arnold

zu einer gelungenen Integration“, ist Bernhard Gröhs, Managing Partner bei Deloitte, überzeugt. „Integration muss gelingen, sonst sind der soziale Friede und in weiterer Folge der Wirtschaftsstandort gefährdet.“ Um dem entgegen zu wirken, hat das Unternehmen nicht nur fünf anerkannte Flüchtlinge angestellt. Mit einer Million Euro an Geldmitteln sowie Pro-bono-Leistungen von 10.000 Arbeitsstunden sollen in den nächsten fünf Jahren Projekte gefördert werden.

„Während 43 Prozent der heimischen Unternehmen eine Anstellung von Asylberechtigten anstreben, beschäftigt derzeit erst rund ein Prozent diese Zielgruppe.“

Eines davon ist die Start-up Initiative „found!“. Aus 26 Einreichungen wurden sechs Social Business-Ideen ausgewählt, die das Potenzial haben, neue Arbeitsplätze für Menschen mit Fluchthintergrund zu schaffen. „Wir können den Erfolg der Projekte nicht garantieren, aber wir können helfen“, ist Gröhs überzeugt. „Unsere Mitarbeiter arbeiten aktiv mit

und können gesellschafts- oder verwaltungsrechtliche Fragen klären, Businesspläne mitentwickeln oder Markterfahrung einbringen.“ Sechs Monate lang helfen Experten von Deloitte und von dem Social Business-Treffpunkt Impact HUB Vienna dort, wo Bedarf herrscht – und letzterer ist genauso unterschiedlich wie die Projekte selbst: Von der vagen Idee über das fertige Produkt und die Arbeit mit Kunden reicht die Bandbreite. Im Frühjahr 2017 wählt eine Experten-Jury zwei Siegerprojekte aus, die weitere Leistungen und ein Preisgeld erhalten.

Ideen für neue Jobs finden

Ob das Projekt von Melcher und Ahmed dazu zählt, wird sich zeigen. Gemeinsam mit Mediatorin Laura Mosquera haben sie sich entschlossen, selbst Jobs für Flüchtlinge zu schaffen. „Die meisten Social Entrepreneurs konzentrieren sich auf Flüchtlinge mit Ausbildung oder Qualifikation“, hat Mosquera festgestellt. „Wir glauben aber, dass es auch einen niederschweligen Zugang zum

Arbeitsmarkt braucht.“ Für Menschen wie Ahmed, denen es noch an Deutschkenntnissen fehlt, die Lernschwierigkeiten haben oder deren Qualifizierung nicht anerkannt wird. Genau den möchte das Dreiergespann mit ihrer sozial wie ökologisch nachhaltigen Business-Idee liefern: „CARamel“ bietet Österreichs erste mobile, umweltschonende Außen- und Innenreinigung von Autos sowie anderen Fahrzeugen an. Dafür kommt die Putztruppe mit Lastenrad beziehungsweise e-Tuk-Tuk zum Parkplatz, Fuhrpark oder der Ladestation des e-Autos und reinigt mit biologisch abbaubaren Mitteln praktisch ohne Wasser.

Eine Ausbildung ist nicht notwendig, stattdessen möchten die Unternehmensgründer Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Deutsch- und Erste-Hilfe-Kurse anbieten. „Unser Wunsch wäre es, im Frühjahr 2017 mit zwei Zweier-teams in wenigen Bezirken zu starten“, erklärt Karin Melcher, „wenn wir im Mai schon fixe Klienten hätten, wäre das natürlich ideal.“ Doch das sind Zukunftspläne. Zuvor gibt es von der Finanzplanung

bis zur Logo-Entwicklung noch einiges zu tun. „Anfangs waren wir erschlagen und wussten nicht, wo wir anfangen sollten. Schön langsam kommt es ins Rollen“, freut sich Melcher über die Unterstützung durch die „found!“-Experten, „es ist hervorragend, dass immer jemand da ist, den man fragen kann“. Der nächste Schritt steht jedenfalls fest: Ahmed wird mit einem Freund testweise rund 40 Autos reinigen, um Zahlen, Daten und Fakten zu sammeln. Endlich, denn „für einen Macher wie Ahmed ist es schwierig nachzuziehen, dass wir ein halbes Jahr am Computer planen“, meint Melcher amüsiert.

Langer Weg bis zum Gewinn

Die Pilotphase hat der in Innsbruck lebende Matthias Monreal längst hinter sich: Sein Online-Marktplatz „interprAID – für Dolmetschen und Interkulturelles Vermitteln in sozialen Einrichtungen“ ist in der ersten Version im Mai 2015 online gegangen. Mittlerweile haben sich 100 Menschen mit relevanten Sprachkompetenzen und Migrationsbiographie registriert, um über Web-App als Dolmetscher gebucht und per Video-Call ortsunabhängig auf jedem Endgerät erreicht zu werden. Was in der Testphase NGOs, Behörden und Krankenhäuser für die Kommunikation mit Flüchtlingen und Migranten kostenlos zu Verfügung stand, soll jetzt monetarisiert werden: „Wir brauchen zahlende Kunden“, weiß Monreal, der in den letzten zehn Jahren in Forschungseinrichtungen tätig war. „Erst dann ist man für Investoren attraktiv. Das ist der Beweis, dass es funktioniert.“

Dass die Idee am mangelnden Budget der Einrichtungen genauso scheitern kann wie am fehlenden Bewusstsein dafür, dass weder Kinder noch Familienangehörige dolmetschen sollten, weiß Monreal. „Und wir müssen auch wegkommen von der Vorstellung, dass nur universitär ausgebildete Dolmetscher helfen können“, erklärt er. „Für Minderheitensprachen wie Somali wird man niemanden mit Uni-Abschluss in Translationswissenschaften finden.“ Gerade im sozialen Bereich sei wichtiger, dass der religiöse und kulturelle Background zwischen Übersetzer und Klienten zusammenpassen. Eine koptische Christin, die wegen Diskriminierung aus Ägypten geflohen ist, wird gegenüber einer Muslimin stumm bleiben.

Ob es diese zahlenden Kunden gibt, werde man nur herausfinden, wenn man auf den Markt geht und das Produkt kommerziell anbietet, sieht Monreal inzwischen die lange Pilotphase skeptisch. Haben sie aber Erfolg, dann könnte durch „interpraid“ ein völlig neuer Markt entstehen: „Das ist das Charmante bei den Jobs, die interpraid generiert, denn sie stellen keine Konkurrenz zu heimischen Arbeitskräften dar. Die Jobs können nur jene machen, die die Sprache sprechen und eine ähnliche Geschichte haben.“ So könnten die Dolmetscher langfristig ihren Lebensunterhalt verdienen – und noch dazu anderen ihren Integrationsprozess erleichtern.

JOURNAL IN KÜRZE

POLITIK

Neues Fremdenrechtspaket steht fest

Die Regierung hat sich gestern beim Fremdenrechtspaket geeinigt. Damit drohen Flüchtlingen härtere Strafen, wenn sie im Verfahren falsche Angaben machen bzw. das Land nach negativem Bescheid nicht verlassen. Asylwerber, die ihre Identität verschleiern, müssen künftig bis zu 5000 Euro Strafe zahlen bzw. werden zu drei Wochen Ersatzhaft verurteilt. Nicht durchgekommen ist das Innenministerium mit dem Wunsch, eine „Obergrenze“ an zugelassenen Asylanträgen gesetzlich festzuschreiben.

WIRTSCHAFT

Westbahn steigt aus Busgeschäft aus

Die Westbahn, privater Konkurrent der ÖBB mit dem Großaktionär Hans Peter Haselsteiner, zieht sich aus dem Busgeschäft zurück. Die Westbahn-Mutter Rail Holding AG verkaufte ihren 49-pro-



Foto: AFP / Frank Robichon

Japans Ministerpräsident Shinzo Abe will sich in Pearl Harbor nicht bei den USA für den Angriff 1941 entschuldigen.

zentigen Anteil an Blaguss. Der 2011 gegründete Westbus hat bisher auf den Strecken Wien-Klagenfurt, Linz-Graz und Linz-Prag Fernbusverbindungen angeboten und dabei seit 2011 in Summe 850.000 Passagiere befördert.

INTERNATIONAL

Pearl Harbor: Keine Entschuldigung

Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe will sich bei seinem Besuch in Pearl Harbor nicht für den Angriff auf die US-Pazifikflotte vor 75 Jahren entschuldigen. Abe werde bei seinem Besuch

auf Hawaii Ende Dezember lediglich „der Toten gedenken“, sagte Regierungssprecher Yoshihide Suga heute. Der gemeinsame Besuch mit US-Präsident Barack Obama solle ein Zeichen der Versöhnung sein und künftigen Generationen zeigen, dass „der Schrecken und das Leid des Krieges nicht wiederholt“ werden dürften. Abe hatte angekündigt, als erster japanischer Ministerpräsident Pearl Harbor zu besuchen.

INTERNATIONAL

US-Wahl: Neuauszählung in Michigan

Im US-Staat Michigan hat die Neuauszählung der Stimmen der Präsidentenwahl offiziell begonnen. Ein Richter ordnete an, dass per Hand ausgezählt werden muss. Die grüne Kandidatin Jill Stein hatte eine Überprüfung des Ergebnisses in den Bundesstaaten Wisconsin, Pennsylvania und Michigan beantragt, wo die Ergebnisse jeweils sehr knapp gewesen waren. Sie macht geltend, dass Wahlmaschinen manipuliert gewesen sein könnten.